

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(39. - öffentliche- Sitzung am 7. März 2024)

Tagesordnung:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur aktuellen Situation bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine und Asylbewerbern**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2. **Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in Niedersachsen zukunftsfähig gestalten - Behörden und Hilfsorganisationen auf hybride Bedrohungslagen kontinuierlich vorbereiten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/534](#)

Der Ausschuss führt zu dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört werden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
- Stadt Delmenhorst
- Nds. Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz
- Landesfeuerwehrverband Niedersachsen
- Johanniter Landesverband Niedersachsen/Bremen
- DRK-Landesverband Niedersachsen e. V.
- Arbeiter-Samariter-Bund Landesverband Niedersachsen e. V.
- Landesverband privater Rettungsdienste in Norddeutschland e. V.

3. **Jüdisches Leben in Niedersachsen schützen - Antisemitismus konsequent vorbeugen und bekämpfen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2713](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch und beschließt einstimmig, dem - federführenden - Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen einen Auszug aus der Niederschrift über die heutige Sitzung zukommen zu lassen, aus dem sich das Meinungsbild des Ausschusses ergibt.

4. **Kinder und Jugendliche vor sexuellem Missbrauch schützen - Rechtsrahmen zur Speicherung von Verkehrs- und Standortdaten ausschöpfen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/113](#)

Der Ausschuss war vom - federführenden - Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen um eine Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 GO LT gebeten worden. Er beschließt einstimmig, ihm statt einer förmlichen Stellungnahme einen Auszug aus der Niederschrift über die heutige Sitzung zukommen zu lassen, aus dem sich das Meinungsbild des Ausschusses ergibt.

5. **Onlinezugangsgesetz 2.0 - Digitalisierung der Verwaltung endlich auf die Überholspur setzen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2222](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort. Er beschließt gegen die Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der CDU-Fraktion, bei Enthaltung des Vertreters der AfD-Fraktion, noch keine Beschlussempfehlung zu fassen und zunächst die Beschlüsse zu der Novelle des Onlinezugangsgesetzes auf Bundesebene abzuwarten.

6. **Niedersachsen zusammen gegen das Hochwasser - die Folgen der Fluten bewältigen, Konsequenzen für die Zukunft ziehen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3373](#)

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

7. **Verantwortungsvolle Asyl- und Flüchtlingspolitik organisieren - Kommunen bei der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen entlasten**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/46](#)

dazu: Eingabe 00672/11/19

Der Ausschuss setzt die Beratung fort. Die CDU-Fraktion bringt einen Änderungsvorschlag (Vorlage 12) ein, und die Ausschussmitglieder kommen überein, die Beratung fortzusetzen, nachdem die Fraktionen den Änderungsvorschlag intern bewertet haben, und auf eine Stellungnahme der Landesregierung zur Eingabe zu verzichten.

8. **Aktenvorlagebegehren gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung zum disziplinarrechtlichen Vorgehen des Ministeriums für Inneres und Sport gegen den ehemaligen Oberbürgermeister Dr. Oliver Junk im Vorfeld der Oberbürgermeisterwahl im September 2021**

Der Ausschuss bespricht das Aktenvorlagebegehren des Abg. Bock, die Ausschussmitglieder der CDU-Fraktion schließen sich dem Begehren an.

9. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Stand der angekündigten Richtlinie für die Förderung der Katastrophenschutzeinrichtungen sowie für die Beseitigung von Schäden an der kommunalen Infrastruktur**

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

10. **Unterrichtung durch die Landesregierung über polizeiliche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Festnahme sowie Fahndung nach ehemaligen Mitgliedern der RAF**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

